

# Schwarzgeld: Miami ist die neue Schweiz



**Von Claude Baumann**  
Journalist und Buchautor

Schwarzgeld ist tabu bei Schweizer Banken. Vor allem seit sie auf Geheiss des Bundesrats die sogenannte Weissgeldstrategie umsetzen und ihre Kunden «in die Steuerehrlichkeit» überführen müssen. So heisst die Läuterung der Fiskalsünder politisch korrekt. Doch nicht alle Kunden wollen den schmachvollen Gang zum Steueramt antreten. Lieber weichen sie aus, wie auch die «Handelszeitung» unlängst berichtete.

Das ist allerdings nicht mehr so einfach. Viele bewährte Schlupflöcher wie Monaco, Zypern oder Singapur kommen heute genauso wie die Schweiz nicht mehr in Frage. Also braucht es neue Fluchtorte. Dabei zeigt sich: Was vielen deutschen Bankkunden einst die Zürcher Bahnhofstrasse bedeutete, heisst heute Brickell. Brickell? Gut möglich, dass selbst langjährige Schweizer Banker den Namen des Finanzdistrikts von Miami noch nie gehört haben. Doch das dürfte sich schon bald ändern.

## Das grosse Gesprächsthema

Brickell steht für Grossstadt-Ambiente, Ferienstimmung und Wärme, aber auch für Know-how in Bankfragen, Diskretion und ein mildes Steuerklima. Tatsache ist: Immer mehr deutsche Kunden, die bisher ein Konto bei einer Schweizer Adresse besaßen, treibt es in den amerikanischen Sonnenstaat Florida, wo mehr als 300 Finanzinstitute ihre Dienste anbieten. Zwar wollen die Schweizer Banken offiziell keine Zah-

len zu dieser Verlagerung liefern, doch in Zürcher Finanzkreisen ist dies nun das grosse Gesprächsthema.

Dass ausgerechnet Miami zum Mekka der beratungsresistenten Steuerhinterzieher mutiert, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn kein anderes Land auf der Welt fährt bekanntlich mit größerem Geschütz gegen die Schweiz auf als Amerika. Der nach wie vor nicht beigelegte Steuerstreit zwischen Bern und Washington, verbunden mit der ominösen Liste von elf Schweizer Banken, denen vorgeworfen wird, gegen US-Steuerrecht verstossen zu haben, sind der beste Beweis dafür.

Gleichzeitig schützen nur wenige Länder die Privatsphäre ausländischer Kunden stärker als die USA. Amtshilfesanfragen von anderen Staaten wegen vermutetem Schwarzgeld laufen notorisch ins Leere.

## Klätlich gescheitert

Unlängst musste dies auch die mexikanische Justiz erfahren. In ihren Beziehungen zu den USA hatte sie ebenfalls solche Rechte beim Informationsaustausch eingefordert und scheiterte damit klätlich. Nicht zufälligerweise rangieren die USA – offiziell zwar keine Steueroase – im jährlichen «Financial Secrecy Index», also der Liste der ärgsten Steuerfluchtländer, auf den vordersten Plätzen.

Die Banker in Miami interessieren sich auch nicht für die Herkunft der ihnen aus dem Ausland zufließenden Vermögen. Im Gegenteil: Als die amerikanische Steuerbehörde, der Internal Revenue Service (IRS), im vergangenen Jahr laut darüber nachdachte, die Geldhäuser zu verpflichten, inskünftig die Zinserträge ausländischer Kunden zu melden, erschallte ein wahrer Aufschrei des Entsetzens quer durch Florida. «Nichts verpflichtet die Banken dazu, die steuerliche Situation ihrer Kunden zu kennen», geisselte Grisel Vega das Ansinnen. Sie ist Präsidentin der Florida International Bankers Association, einer wichtigen Lobbyistenorganisation im Sonnenstaat.

Inzwischen ist eine entsprechende Regelung zwar in Kraft. Doch kaum

eine Bank hält sich daran. Die Banken empfehlen ihren Kunden lieber komplexe Rechtsstrukturen mit Ablegern in der Karibik, um dem Fiskus weiter ein Schnippchen zu schlagen. Laut Bankenpräsidentin Vega ist die in den USA gebotene Diskretion besonders für die Kunden aus Lateinamerika wichtig, weil diese dem erhöhten Risiko von Entführungen ausgesetzt wären, würden deren Daten öffentlich. Zudem trage der Finanzplatz von Miami, so Vega weiter, mit seiner Wertschöpfung entscheidend zum Wirtschaftswachstum des ganzen Landes bei.

Vega hätte auch sagen können: Eine Weissgeldstrategie, wie sie die Schweiz nun umsetzt, könnten sich die USA allein schon aufgrund ihrer horrenden Staatsverschuldung nicht leisten. Tatsächlich ist das Land geradezu existenziell auf die Erträge der Offshore-Infrastruktur im Land angewiesen, die es ausländischen Privatpersonen wie auch internationalen Unternehmen ermöglicht, Steuern zu verheimlichen.

## Firmengründung per Führerschein

Neben Miami sind es die Bundesstaaten Delaware, Nevada und Wyoming, die Steuerkriminellen mit verschachtelten Rechtsstrukturen einen sicheren Hafen bieten. Dort ist die Gründung einer anonymen Briefkastenfirma relativ einfach, wie Jason Sharman feststellte. Mit einem Budget von 10'000 US\$, dem Internet und seinem Führerschein versuchte der australische Politologe, in verschiedenen Ländern eine Briefkastenfirma zu gründen. In Nevada schaffte er es innerhalb einer Stunde. Anderswo genügte eine Kopie des Führerscheins, die er als PDF-File via E-Mail den zuständigen Stellen senden konnte.

Im Gegensatz dazu wurde Sharman in der Schweiz und auf Bermuda aufgefordert, verschiedene notariell beglaubigte Dokumente einzureichen. Nach dem Experiment war für ihn eines völlig klar: «Die USA schnitten am schlechtesten ab, schlechter als Liechtenstein, schlechter als Somalia.»

*claude.baumann@finews.ch*  
*www.finews.ch*